

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

24.01.2008

Freie Wähler Hessen können ihre politischen Forderungen auch finanzieren

„Was die CDU hier betreibt ist reine Panikmache“, so Carsten Kauck, Direktkandidat der Freien Wähler Hessen im Main-Kinzig-Kreis.

Kauck kritisiert damit die CDU Hessen, welche ihren Gegnern vorwirft, dass deren politische Programme und Vorhaben in Hessen nicht finanzierbar seien.

„Die Freien Wähler haben kein Projekt auf ihrer Agenda für das es keine Überlegung zur Gegenfinanzierung gebe“, so Kauck weiter.

Eine der zentralen Forderungen der Freien Wähler Hessen im Landtagswahlkampf ist die Schaffung zusätzlicher Stellen für Lehrer. Diese zusätzlichen Personalkosten werden die Freien Wähler durch den Abbau von administrativen Stellen in den Regierungspräsidien stemmen.

Ebenso soll damit auch die personelle Aufstockung bei der Polizei in Hessen finanziert werden.

Auch die finanzielle Stärkung von Kommunen, ein weiteres Wahlkampfthema der Freien Wähler, könne man so Kauck, alleine schon dadurch erreichen, dass man die gesetzliche Verpflichtung der Städte und Gemeinden zur Einführung der doppischen Haushaltsführung rückgängig mache. Diese gesetzliche Auflage, beschlossen durch die CDU – Landesregierung, koste die Kommunen jährlich Unsummen für Verwaltung und externe Beratungsunternehmen, zusätzlich binde sie noch Personal.

Die politischen Gremien auf kommunaler Ebene wissen auch so, wo man Einsparungspotential habe, so die Freien Wähler.

Das gleiche Projekt laufe auch auf Landesebene. Dessen Einführungskosten sollten sich, so die Landesregierung, auf maximal 50 Millionen Euro belaufen und enorme Einsparpotentiale im Landeshaushalt aufzeigen.

Nachdem nunmehr bereits weit über 250 Millionen Euro dafür ausgegeben wurden und ein Ende noch nicht in Sicht ist, können die Freien Wähler jedoch schon jetzt feststellen: Konkrete Einsparmöglichkeiten zeigte dieses System noch nicht auf!

Die besten Einsparmöglichkeiten würden bisher immer noch von den Verwaltungsbediensteten selbst festgestellt und nicht von externen Beratungsunternehmen und deren Programmen.

Die Freien Wähler wollen daher nach dem Einzug in den Landtag die Weiterbetreibung dieses Projektes auf den Prüfstand stellen. „Mit dem dadurch eingesparten Geld könne man eine Menge anderer Dinge finanzieren, so Kauck abschließend und denkt dabei an gute Universitäten.